

Nachrichten aus Ost- und Mitteleuropa

RUSSLAND

Russlands schwieriger Weg in den europäischen Hochschulraum

Russlands Hoffnungen auf eine Unterzeichnung der Bologna-Erklärung haben sich auf der Berliner Konferenz im September nun endlich erfüllt. Der Weg nach Berlin war kein einfacher, wie insbesondere die Entwicklung in den letzten Monate zeigte.

Noch im Frühjahr dieses Jahres waren die Aussichten auf einen Beitritt Russlands nicht sehr groß. Eine internationale Expertenkommission (finanziell unterstützt von der EU) hatte die Bildungssysteme einer Reihe von Antragstellern einer Überprüfung unterzogen. Dazu gehörten neben der Russischen Föderation Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Jugoslawien. Die Kommission befand, dass das Niveau der nationalen Bildungssysteme für eine Aufnahme in den Kreis der Bologna-Staaten noch nicht ausreichend entwickelt sei.

Der Bildungsminister der Russischen Föderation (RF), Vladimir Filippov, hatte dagegen in letzter Zeit mehrfach die feste Absicht und Überzeugung bekundet, dass Russland noch in diesem Jahr in das „gesamt-europäische Hochschulbildungssystem“ integriert werden würde, um so – den Spuren Peter I. folgend – ein neues Fenster nach Europa aufzustoßen. Nur auf diese Weise könne Russland sein Kapital in Form einer großen Bildungsressource tatsächlich nutzen. Die Aufnahme in den Kreis der Bologna-Staaten könne dazu beitragen, dass Russland eine gleichberechtigte Stellung in der Weltgemeinschaft erlange und die Diplome seiner Hochschulen weltweit Anerkennung fänden. Wenn Russland nicht erfolgreich in diesen europäischen Integrationsprozess eingebunden wird – so die Meinung von Bildungsexperten – werde die russischen Hochschulabsolventen das gleiche Schicksal in Europa ereilen wie russische Flugzeuge und Autos, von denen bereits einige Modelle aufgrund von Umweltschutz- und Lärmvorschriften nicht mehr in europäischen Ländern zugelassen sind.

Entgegen der Position des Bildungsministers sprachen sich seit geraumer Zeit eine Reihe von Rektoren führender Universitäten des Landes gegen einen Beitritt Russlands zur Bologna-Erklärung aus. Prominentester Vertreter dieser Gruppe war der Präsident der Rektorenunion der RF, der Rektor der Staatlichen Moskauer Lomonossow-Universität, Viktor Sadowničij. Die Rektoren vertraten die Ansicht, dass Russlands Hochschulbildung seine Qualität und Originalität durch eine Anpassung an europäische Standards (z.B. durch die Einführung von BA-/MA-Studiengängen), die mit der Unterzeichnung der Erklärung als Verpflichtung übernommen würden, verloren gehen könnten. Auch solle man die Integration in erster Linie mit den unmittelbaren Nachbarn – den Staaten der GUS – suchen, die aufgrund bereits existierender Gemeinsamkeiten für eine Bildungskooperation und den Erhalt eines gemeinsamen Bildungsraumes weitaus wichtiger wäre. Die Entscheidung sei demzufolge zwischen einer Integration über den euroasiatischen Weg oder aber über den Bologna-Prozess zu treffen.

Mit der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung in Berlin hat sich jetzt offenbar eine Gruppe von Rektoren führender Universitäten aus St. Petersburg durchgesetzt, die seit längerem aktiv für einen Beitritt Russlands zur Bologna-Erklärung eintrat und deren Initiativen vom Bildungsministerium unterstützt wurden. Diese Universitäten arbeiten alle eng mit westlichen Universitäten zusammen und schicken ihre Studierenden in großer Zahl zu Studien- und Forschungsaufenthalten ins westliche Ausland. Das Ministerium stellte in diesem Zusammenhang fest, dass der „europäische Studierende“ an russischen Hochschulen hingegen immer noch eine seltene Erscheinung sei und dass dem Land durch diesen einseitigen Austausch eine beträchtliche Summe an Geldern, die auf dem internationalen Bildungsmarkt umgesetzt werden, entgingen. Die einzige Möglichkeit, dieses Missverhältnis im Austausch der Studierenden zwischen Russland und den anderen Ländern (vor allem in Europa) zu beseitigen und den Export russischer Bildungsdienstleistungen zu befördern, bestünde darin, das russische Hochschulbildungssystem an das „westliche Modell“ anzupassen. Dies könne und müsse nunmehr mit der Aufnahme des Landes in den Kreis der „Bologna-Staaten“ geschehen.

Quellen:

- *Rossijskaja gazeta* 27.05.2003, unter: <http://www.courier.com.ru/cour0367/1500.htm> (Zugriff: 23.07.03);

- *Nezavisimaja gazeta* 21.03.03, unter: pressdigest@informika.ru (Zugriff: 24.03.03);
- *Moskovskij komsomolez* 20.03.03, unter: pressdigest@informika.ru (Zugriff: 24.03.03);
- *Plusy i minusy „bolonskogo prozessa“*, unter: <http://www.courier.com.ru/cour0305/2300.htm> (Zugriff: 23.07.03)
- *Kommersant Daily* 19.09.2003, unter: pressdigest@informika.ru (Zugriff: 20.10.03)

RUMÄNIEN

Das rumänische Hochschulsystem: Annäherung an den Bologna-Prozess

Aus Anlass der Tagung der europäischen Bildungsminister der Unterzeichnerstaaten der Bologna-Erklärung im September 2003 in Berlin hat das rumänische Bildungsministerium kürzlich einen Länderbericht zur Entwicklung des Hochschulsystems vorgelegt. Rumänien gehört zu den ersten Staaten, die 1999 die Bologna-Erklärung unterzeichnet haben.

Dies ist nach dem Wechsel im Amt des Ministers die erste hochschulpolitische Erklärung des Ministeriums unter der Leitung von Alexandru Athansiu. Athansiu, Jahrgang 1955, Professor an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Bukarest und ehemaliger Minister für Soziale Angelegenheiten, wurde im Juni 2003 zum Bildungsminister ernannt, nachdem die Regierung die Ministerien für Bildung, Forschung und Jugend zusammengelegt hat.

Der erwähnte Länderbericht, der auch in englischer Sprache vorliegt, gibt im ersten Kapitel einen Überblick zur Entwicklung des Hochschulsystems in Rumänien nach 1990, beginnend mit den neuen Bildungsgesetzen der 90er Jahre, die in enger Beziehung zum Bologna-Prozess entstanden sind. Dabei wird erkennbar, dass die rumänische Hochschulpolitik bereits seit einigen Jahren auf die Einbindung des nationalen Hochschulsystems in den europäischen Hochschulraum abzielt. Dazu werden eine Reihe konkreter Maßnahmen aufgelistet wie:

- die Definition von Langzeit- und Kurzzeitstudiengängen,
- die Flexibilisierung der Studiengänge,
- die Erstellung nationaler Akkreditierungsstandards,
- die interne und externe Evaluation von Studiengängen.

In diesem Zusammenhang wurde jetzt auch die Ausarbeitung eines neuen Hochschulgesetzes angekündigt.

Im zweiten Kapitel des Länderberichts werden die Ziele der Erklärung in ihrer schrittweisen Umsetzung im rumänischen Hochschulsystem dargestellt. Dazu gibt es konkrete Ausführungen zum Stand der Umsetzung der Anforderungen aus dem Bologna-Prozess, wobei ausgeführt wird, dass in den meisten Bereichen die notwendigen Maßnahmen mehr oder minder erfolgreich implementiert seien. So wurden auf Beschluss des rumänischen Bildungsministeriums bereits im Jahr 2000 sowohl das Kreditpunktesystem als auch das Diploma Supplement obligatorisch an allen Hochschulen des Landes eingeführt. Die Ausbildung in zwei Stufen, in der man einen europäischen Bachelor- oder Masterabschluss erwerben kann, existiert in Rumänien seit der Novelle des Bildungsgesetzes von 1999. Trotzdem gibt es immer noch viele Studiengänge, die diesem Modell nicht oder nur zum Teil angepasst wurden (siehe auch: *Reisz, Robert D. 2003: Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung in Rumänien zwischen 1990 und 2000, HoF Arbeitsberichte 1'03: Wittenberg*).

Der Bericht schließt mit einer Auflistung von prioritären Aufgaben, die zur Umsetzung der Anforderungen aus der Bologna-Erklärung noch gelöst werden müssten. Als die wichtigsten werden in diesem Kontext angeführt: die flächendeckende Einführung des Zweistufensystems in der Hochschulausbildung und die stärkere Betonung der europäischen Komponenten bei den Evaluierungs- und Akkreditierungsverfahren.

Quelle: http://www.see-educoop.net/education_in/pdf/bolnatreport-romania-oth-enl-t02.pdf (Zugriff: 22.9.2003)

UNGARN

Ungarische Hochschulen im Jahr 2003: Hochschulgesetznovelle und neue Sparzwänge bei der Hochschulreform

Das ungarische Parlament beschloss am 17.06.2003 eine Novelle zum geltenden Hochschulgesetz. Darin wird u.a. festgelegt, dass

- die bislang obligatorischen Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen für den Hochschulzugang ab dem Jahr 2005 abgeschafft werden und statt dessen das Abiturzeugnis als Hochschulzugangsberechtigung gilt;

- künftig zum Erwerb eines Hochschuldiploms der Nachweis über eine staatlich anerkannte Fremdsprachenprüfung notwendig wird;
- in bestimmten Ausbildungsfächern ein staatlich finanziertes Zweitstudium möglich wird;
- die Studierenden künftig bei Entscheidungen der Hochschulen bzw. deren Gremien, die sie für ungerechtfertigt erachten, Überprüfungsanträge stellen oder aber auch Gerichtsverfahren anstrengen können.

Von September 2003 an (d.h. mit Beginn des Wintersemesters) wird an allen staatlichen Hochschulen des Landes das europäische Kreditpunktesystem (ECTS) eingeführt. Für einen Hochschulabschluss werden künftig mindestens 240 Punkte, für einen Fachhochschulabschluss mindestens 180 Kreditpunkte benötigt.

In einem kürzlich vorgelegten Bericht des staatlichen Rechnungshofes wird eine Bilanz des bisherigen Hochschulintegrationsprozesses gezogen. Ziel dieses Prozesses sei es gewesen, durch eine Zusammenführung der in den 90er Jahren entstandenen zahlreichen kleineren Hochschuleinrichtungen und neugegründeter Fakultäten einen effektiveren Einsatz der staatlichen Mittel für Hochschulbildung zu erreichen. In dem Rechnungshofbericht wird jetzt festgestellt, dass es weder im Hochschulbereich insgesamt noch innerhalb der existierenden Institutionen zu einer Kostenreduzierung gekommen sei, da die strukturelle Umgestaltung innerhalb der Hochschulen nur sehr langsam vorankomme, Vorlesungs- und Seminarräume oder auch Lehrmaterialien von den Einrichtungen kaum gemeinsam genutzt würden und weiterhin zahlreiche parallele Studienangebote an den integrierten Hochschulen existierten.

Vor dem Hintergrund der im Juli dieses Jahres im Kontext der Haushaltsdebatte verkündeten Sparmaßnahmen für die nächste Zeit kommt der Kritik des Rechnungshofes am bisherigen Hochschulintegrationsprozess besondere Bedeutung zu: Das Budget aller Ministerien wird um 2,5% abgesenkt. Nach Aussagen der ungarischen Rektorenkonferenz bedeutet das, dass den Hochschulen künftig ca. 25-30% weniger an Mitteln zur Verfügung stehen werden.

Für das Wintersemester 2003/04 wurden von den 160.000 Bewerbern um einen Studienplatz 105.000 an die Hochschulen (46% an Universitäten und 54% an Fachhochschulen) aufgenommen. 52% der Erstsemester haben einen staatlich finanzierten Studienplatz erhalten. Die Nachfrage nach Studienplätzen in den technischen, geisteswissenschaftlichen und

wirtschaftswissenschaftlichen Fächern ist am größten, dagegen hat sich der Anteil von Bewerbern um ein Jura-Studium um ca. 20% verringert.

Quellen:

- Varga, Dóra: *Haszontalan a felsőoktatási integráció*, in: *Népszabadság* vom 12.04.2003, unter: <http://www.nepszabadsag.hu>
- *Módosult a Felsőoktatási törvény*, in: *OM* vom 06.2003, unter: <http://www.om.hu>
- *Két év múlva nem kell felvételizni a felsőoktatásban*; in: *MNO* vom 17.06.2003, unter: <http://www.mno.hu>
- *A magyar felsőoktatás modernizációját, az Európai Felsőoktatási Térséghez történő csatlakozást célzó felsőoktatás-fejlesztés koncepciója (Vitaanyag)*, in: *OM* vom 07.2003, unter: <http://www.om.hu>
- V.A.D.: *A takarékoság veszélyezteti az egyetemeket*, in: *Népszabadság* vom 03.07.2003, unter: <http://www.nepszabadsag.hu>
- *Felsőoktatás: 105 ezer diák nyert felvételt*, in: *NOL* vom 23.07.2003, unter: <http://www.nepszabadsag.hu>
- 2003. július 25.: *Magyar politikai élet*, in: *MNO* vom 25.07.2003, unter: <http://www.mno.hu>
- Orsolya Rébay – Ditta Tahy: *Segít-e a magántőke?*, in: *Heti Válasz* vom 25.07.2003 S. 20-23
- Hanczár, János: *Kreditrendszer a felsőoktatásban*, in: *Magyar Nemzet* vom 28.07.2003 S. 10

SLOWAKEI

Go East – zum Hochschulstudium in die Slowakei?

Studierende aus westeuropäischen Ländern sind in der Slowakei immer noch selten anzutreffen, aber im Land – nach eigenen Aussagen – stets willkommen. Das Land selbst weiß um eine Reihe von Vorurteilen, die nach wie vor über die Ausbildung an den nationalen Hochschuleinrichtungen existieren, denen nachgesagt wird, dass die Studienangebote dort nicht sonderlich niveauvoll seien. Trotz eingeleiteter Reformen und Öffnung der Einrichtungen sei das Ansehen der slowakischen Hochschulen im westlichen Ausland nicht sehr hoch. Studierende aus Westeuropa würden sich aber dennoch immer häufiger für ein Auslandssemester in diesem kleinen mitteleuropäischen Land entscheiden, da sie in Vorbereitung

auf die Arbeitssuche in einer ab nächsten Jahr deutlich erweiterten Europäischen Union gern ein Auslandssemester in einem der mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten einschieben. Ihre Erfahrungen würden besagen, dass es relativ einfach sei, sich an einer slowakischen Universität immatrikulieren zu lassen.

Der größte Hinderungsgrund, sich für ein Studium in der Slowakei zu entscheiden, dürfte allerdings die Sprache sein, die man sich erst in einem Sprachkurs aneignen muss, da auch die Angebote an Lehrveranstaltungen in englischer oder gar deutscher Sprache noch sehr rar sind. Die Wenigsten wissen aber, dass Slowakisch eine Sprache ist, mit der man sich auch in anderen osteuropäischen Ländern gut verständigen kann.

Beobachter aus dem (westlichen) Ausland, aber auch slowakische Quellen berichten, dass Reformen in den nationalen Hochschulen nur recht zögerlich durchgesetzt würden. Es wird immer wieder darauf verwiesen, dass aufgrund fehlender Finanzmittel die Universitäten oft sehr schlecht ausgestattet seien. Dies träfe insbesondere auf die naturwissenschaftlichen Fakultäten zu. Auch die didaktischen Methoden in den Lehrveranstaltungen ließen – im Vergleich zu westlichen Standards – oft noch zu wünschen übrig. Der traditionelle Frontalunterricht sei auch in höheren Semestern durchaus noch üblich. Als positiv werde von westlichen Studierenden empfunden, dass der Kontakt zwischen ihnen und den Professoren weitaus intensiver sei als an der (westeuropäischen) Heimatuniversität. Und natürlich könne man in vielen Fächern ganz neue Einblicke erhalten, da der Prozess der Demokratisierung und Einführung der Marktwirtschaft im Kontext der Transformation der Gesellschaft das Land selbst vor zahlreiche neue Aufgaben und Herausforderungen stellt, die in Lehre und Forschung eine wichtige Rolle spielen würden.

Bei Studierenden aus Osteuropa hingegen sei – wie aus dem Nachbarland, Tschechien berichtet wird – die Slowakei als Studienland seit längerem sehr gefragt. Sie kämen vor allem aus Serbien, der Ukraine oder Belarus und nutzten die relativ günstigen Konditionen, d.h. sie bekämen problemlos und rasch eine Aufenthaltsgenehmigung für die Dauer eines Studiums (in der Regel für fünf Jahre), sie profitierten von den niedrigen Kosten für den Lebensunterhalt und sie könnten meist den Vorlesungen in slowakischer Sprache ohne große Schwierigkeiten folgen.

Quelle: Slowakische Unis sind ein Geheimtipp, in: Prager Zeitung vom 04.06.03, unter: http://www.pragerzeitung.cz/?c_id=2183 (Zugriff: 19.08.03)

BELARUS

Rückwärts der Zukunft entgegen: Obligatorische Ideologie-Kurse an belorussischen Hochschulen

Mit Beginn des neuen Studienjahres sollen an allen staatlichen belorussischen Hochschulen Kurse im Fach „Ideologie“ eingeführt werden. Auch den nicht-staatlichen Hochschulen wird empfohlen, eine Lehrveranstaltung in diesem Fach anzubieten.

Die stellvertretende Bildungsministerin, Tatjana Kovaleva, erklärte in einem Interview, dass die Idee zur Einführung eines solchen Kurses nach einer Beratung zu ideologischen Fragen im April dieses Jahres entstand, an der auch der Präsident des Landes teilgenommen hatte.

Bislang ist allerdings noch nicht geklärt, wie die Einführung eines solchen Kurses vonstatten gehen soll, welchen Umfang er haben und unter welcher Bezeichnung er laufen wird. Auch auf die Frage, wer die neuen Lehrveranstaltungen durchführen soll, gibt es bislang keine klare Antwort. Das Bildungsministerium hat vorgeschlagen, dass Hochschullehrer, die Wirtschaft, Geschichte und Philosophie unterrichten, nach einer entsprechenden Weiterbildung diese Aufgabe übernehmen sollen. Außerdem wird sich nach Aussagen aus dem Ministerium das Fach „Ideologie“ nicht wesentlich vom ehemaligen Fach „Gesellschaftswissenschaften“, das zu Zeiten der Sowjetunion an den Hochschulen gelehrt wurde, unterscheiden. Derzeit beschäftigt sich eine spezielle Arbeitsgruppe, die von der Akademie für Management beim Präsidenten koordiniert wird, mit der Lösung all dieser Fragen.

Die stellvertretende Bildungsministerin des Landes sagte der „Belorussischen Zeitung“, dass an dieser Idee nichts Neues sei. „So oder so wurden Fragen der Ideologie des belorussischen Staates im Rahmen der Kurse in Wirtschaft, Philosophie und Geschichte behandelt. (...) Dies wird kein politisches Fach sein (...). Es ist eine gesellschaftlich orientierte Lehrveranstaltung, die das Verstehen der Prozesse fördern soll, die in der Gesellschaft ablaufen, um zu begreifen, welches die Ziele des belorussischen Staates sind.“

Aus der Sicht des Ministeriums sei dies für Hochschulabsolventen wichtig, da sie es seien, die in Zukunft führende Positionen im Land

einnehmen werden. Neben einem hohen Fachwissen sollten sie wissen und verstehen, *weshalb* und *wozu* etwas getan werde.

Unabhängige Experten aus Hochschul- und Wissenschaftskreisen haben die angekündigte „Innovation“ im Hochschulbereich nicht sehr begeistert aufgenommen. Sie berufen sich dabei auch auf eine der jüngsten Äußerungen des russischen Staatspräsidenten, der sagte, dass sich Russland keine Staatsideologie zulegen würde, da eine solche Ideologie ein Attribut totaler Kontrolle sei.

Quelle: Olga Tomaševskaja, Promyvaj mozgi smolodu, in: Belorusskaja gazeta vom 07.07.03, S. 5

UKRAINE

Hochschulexpansion: Wachsende Studierendenzahlen an den öffentlichen Hochschulen

Zu Beginn des Studienjahres 2002/2003 gab es in der Ukraine insgesamt 330 Hochschulen und Universitäten. Davon waren mehr als zwei Drittel (232) in staatlicher Trägerschaft, lediglich 98 befanden sich in privater Hand. Insgesamt waren an den nationalen Hochschuleinrichtungen 1.686.900 Studierende eingeschrieben, von denen 1.506.400 an staatlichen Hochschulen studierten. Nur ein vergleichsweise sehr geringer Anteil von 180.500 Studierenden entfiel auf die privaten Einrichtungen. Somit kamen in diesem Studienjahr auf 10.000 Einwohner insgesamt 348 Studierende. Im Vergleich dazu waren es im Studienjahr 1998/1999 lediglich 242 Studierende, d.h. in einem Zeitraum von 5 Jahren ist der Anteil der Studierenden pro 10.000 Einwohner um fast 44% gestiegen. Den größten Zuwachs erfuhren auch hier die staatlichen Einrichtungen mit 311 Studierenden pro 10.000 Einwohner (1998/1999 waren es noch 224). Auf die nicht-staatlichen Einrichtungen entfielen 37 Studierende pro 10.000 Einwohner (1998/1999 waren es dort nur 18). Die überwiegende Mehrheit der Studierenden absolviert ein Studium auf Staatskosten, wenngleich deren Zahl im Vergleich zum Studienjahr 1998/1999 rückläufig ist: Auf 10.000 Einwohner entfielen im Studienjahr 2002/2003 137 staatlich finanzierte Studienplätze. Im Studienjahr 1998/1999 waren es noch 142. Lediglich zwei Studienplätze (pro 10.000 Einwohner) werden zur Zeit aus loka-

len Haushalten bzw. drei von der Wirtschaft finanziert. Fast verdoppelt hat sich in den letzten fünf Jahren der Anteil von Studienplätzen (pro 10.000 Einwohner), die direkt aus privaten Quellen finanziert werden: Von 111 im Jahr 1998/1999 auf 206 im Jahr 2002/2003. Von der Gesamtzahl der Studierenden absolvieren derzeit (2003/2004) 30,4% ein Studium der Wirtschaftswissenschaften, 22% ein Ingenieurstudium, 10,5% ein Studium der Pädagogik bzw. Erziehungswissenschaften und 9% haben sich an juristischen Fakultäten eingeschrieben.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Ukraine 2002, Kiev

RUSSLAND

Neues Institut für Osteuropa-Forschung in Moskau gegründet

Im Juni dieses Jahres wurde in Essen der Vertrag zur Gründung des Deutschen Historischen Instituts (DHI) in Moskau unterzeichnet. Das Institut soll die Forschung über die historischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland bzw. der ehemaligen Sowjetunion befördern.

Die Initiative zur Gründung dieses Instituts für Osteuropa-Forschung geht auf eine Vereinbarung in einem Gespräch zwischen Bundeskanzler Schröder und dem russischen Präsidenten Putin während des Weimarer Treffens (2002) zurück. Die neu gegründete Einrichtung befindet sich in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Die Krupp-Stiftung und die Hamburger „Zeit“-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius haben je 2,5 Millionen Euro bereitgestellt, um den Aufbau und die Arbeit des Instituts in den ersten fünf Jahren zu finanzieren. Träger ist die Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (D.G.I.A.).

Der designierte Direktor, Professor Bernd Bonwetsch, Historiker an der Ruhr-Universität Bochum, kündigte an, dass das Institut im Herbst dieses Jahres in Moskau offiziell eröffnet wird. Die Einrichtung werde sich zunächst schwerpunktmäßig mit Entwicklungen der neueren und neuesten Geschichte befassen. Zu diesem Zweck gilt es, eine leistungsfähige Bibliothek aufzubauen und die Archivnutzung zu verbessern. Durch die Arbeit des Instituts soll die Kooperation zwischen deutschen und russischen Wissenschaftlern gefördert und insti-

tutionell auf eine neue Grundlage gestellt werden, um so die deutsche Russlandforschung und die russische Deutschlandforschung zu unterstützen.

Quellen: dpa – Kulturpolitik Nr. 26/2003, 23.06.03, Forschungspolitik, S.17 und DUZ 13/2003, S.24

zusammengestellt und bearbeitet von
Christine Teichmann (Wittenberg)